

Junkies sollen kein Dormicum mehr kriegen

GESUNDHEITSWESEN Eine Handvoll Berner Ärzte gibt rasch abhängig machende Medikamente wie Dormicum in grossen Mengen an Drogenabhängige ab. Dies ruft nun Grossräte auf den Plan.

Die Arztpraxis als Selbstbedienungsladen für Drogensüchtige: Vor Monatsfrist berichtete diese Zeitung über mehrere Psychiater im Kanton Bern, welche die Drogenszene mit rasch abhängig machenden Medikamenten versorgen – vorab mit dem Schlafmittel Dormicum aus der Gruppe der Benzodiazepine, aber auch mit Amphetaminen wie Ritalin (siehe Kasten). Diese Medikamente sind allesamt dem Betäubungsmittelgesetz unterstellt.

Nun werden kantonale Politiker aktiv: Zum gestrigen Sessionsauftakt des Grossen Rats haben Barbara Mühlheim (GLP, Bern), Enea Martinelli (BDP, Matten) und Anna Linder (Grüne, Bern) unter dem Titel «Genug ist genug!» eine dringliche Motion eingereicht.

Die zentrale Forderung: Der Kanton soll Richtlinien erlassen zur Verschreibung von dem Betäubungsmittelgesetz unterstellten Medikamenten an Süchtige. Zwar müssen solche Verschreibungen vom Kantonsarztamt bewilligt werden. Doch weil die therapeutische Freiheit der Ärzte in der Schweiz sehr weit geht, kann der Kantonsarzt einem Arzt auch bei hohen Dosierungen die Bewilligung kaum verwehren.

Wie Kantonsarzt Thomas Schochat sagt, existiert bereits

eine Richtlinie, die auf die Empfehlungen der schweizerischen Gesellschaft für Suchtmedizin verweist. Doch wirklich handfest sei das nicht, gibt Schochat zu: «Da es sich nur um Empfehlungen handelt, ist der Grad der Verbindlichkeit relativ gering.»

Kommt faktisches Verbot?

Barbara Mühlheim, als Leiterin der Kontrollierten Drogenabgabestelle Bern vertraut mit der Materie, geht dies zu wenig weit. Vor allem im Bezug auf Dormi-



Dormicum: Debatte um süchtig machende Pillen.

cum – das heftigst einfährt, günstig zu haben ist und verheerend rasch abhängig macht – will sie griffigere Vorschriften.

Mühlheim fordert, dass der Kanton keine Bewilligungen

mehr zur Verschreibung von Dormicum an Süchtige erteilt: «Es gibt keine medizinische Studie, die belegt, dass eine Abgabe an Drogenabhängige Sinn macht.» Weder könnten Süchtige damit adäquat behandelt werden, noch erreiche man eine psychische und soziale Stabilisierung.

Wenn es politisch erwünscht sei, könne man die Richtlinie in diese Richtung verschärfen, sagt Schochat: So, dass in der Substitutionsbehandlung nur noch Benzodiazepine mit einem relativ langsamen Wirkungseintritt und einer mittellangen bis langen Halbwertszeit bewilligt werden. Diese würden nicht «einfahren» und könnten deshalb kaum für «Flashes» missbraucht werden. Dormicum mit seiner kurzen Halbwertszeit wäre so ausgeschlossen.

Neben strengeren Richtlinien fordert die Motion unter anderem ein griffiges Kontrollsystem, damit grosszügige Dormicum-Rezepte in keinem Fall mehr dem Radar des Kantonsarztes entge-

hen. Zudem soll der Kanton ein niederschwelliges, unbürokratisches Meldesystem schaffen, wo Apotheken, Spitäler und Ärzte Verdachtsfälle deponieren können.

Kommt Praxisbewilligung?

Darüber hinaus hat gestern auch Daniel Steiner-Brüttsch (EVP, Langenthal) auf die Berichterstattung über die Dormicum-Ärzte reagiert: Zuhanden der Fragestunde von kommandem Dienstag will er vom Regierungsrat etwa wissen, ob die Einführung einer Praxisbewilligung ein probates Mittel zur besseren Kontrolle sein könnte. Im Kanton Bern brauchen selbstständige Ärzte bloss eine Berufsausübungsbewilligung.

In dieser Zeitung hatte Kantonsarzt Schochat bereits im Dezember gesagt, dass eine Praxisbewilligung helfen würde: Mit diesem Mittel in der Hand könnte sein Amt bei Meldungen über zweifelhafte Praktiken Kontrollen vor Ort machen.

Adrian Zurbriggen

DER FALL

Dormicum für den Schwarzmarkt: Ende Dezember berichtete diese Zeitung über einen Bieler Psychiater, der die Drogenszene grosszügig mit dem rasch süchtig machenden Medikament Dormicum versorgt. Wie er selber sagt, kommen die meisten Drogenabhängigen alleine wegen des Dormicum zu ihm: Er gibt ihnen das Medikament ab, weil sie bereits lange schwer Dormicum-

süchtig sind und er ihnen so zu helfen glaubt. Seine Rezepte beinhalten bis zu zehn Packungen gleichzeitig – mit der Folge, dass ein beträchtlicher Teil auf dem Schwarzmarkt veräußert wird.

Mit seiner eigenwilligen Auslegung der Bewilligungspflicht für die Dormicum-Abgabe an Drogenabhängige strapaziert der Psychiater die Dehnbarkeit des Betäubungsmittelgesetzes. Da-

mit tanzt er dem Kantonsarztamt als Aufsichtsbehörde auf der Nase herum – obschon seine Auslegung mindestens in einem Punkt klar falsch und seine Praxis damit wohl illegal ist.

Der Fall des Bieler Psychiaters ist zwar krass, aber kein Einzelfall: Auch in Bern sind drei Psychiater wegen ihrer grosszügigen Dormicum-Rezepte einschlägig bekannt. *azu*



Hasim Sancar (Grüne, Bern) legte das Gelübde ab.

Sancar vereidigt

GROSSER RAT Der 53-jährige Stadtberner Hasim Sancar ist gestern als bernischer Grossrat vereidigt worden. Er gehört der Fraktion der Grünen an.

Die Fraktion der Grünen im bernischen Kantonsparlament ist wieder komplett: Der 53-jährige Stadtberner Hasim Sancar (Grüne, Bern) ist gestern zu Beginn der Januarsession vereidigt worden. Sancar, diplomierter Sozialarbeiter HFS und Leiter der Beratungsstelle Pro Infirmis Bern-Stadt, gehörte seit 2005 dem Berner Stadtrat an. Er ersetzt Corinne Schärer (Grüne, Bern), die dem Grossen Rat 13 Jahre angehört hatte. *ue*

Die Organisation des Parlaments ist umstritten

GROSSER RAT Das bernische Kantonsparlament will sich mehr Kompetenzen geben, effizienter werden und sich zudem den Lohn erhöhen. Gestern begann die Beratung des Grossratsgesetzes. Viele Änderungsanträge sorgen für eine lange Debatte.

Nach 20 Sitzungen der vorberatenden Kommission sollte die Totalrevision des Grossratsgesetzes eigentlich eine schlanke Sache werden. Dies umso mehr, als das zu beratende Gesetz für einen effizienteren Ratsbetrieb sorgen sollte. Davon war gestern zu Beginn der Januarsession wenig zu spüren. Mit nicht weniger als 49 Änderungsanträgen soll das Grossratsgesetz noch den Wünschen der Parteien angepasst werden. Ziel der Revision ist ein effizienterer Ratsbetrieb, mehr Mitsprache bei Finanzgeschäften und eine Erhöhung der Entschädigung für die 160 Mitglieder des Grossen Rates.

Regierungspräsident Andreas Rickenbacher (SP) machte in der Eintretensdebatte klar, dass es bei der Totalrevision des Parlamentsrechts nicht um einen Machtkampf zwischen der rot-grünen Regierungsmehrheit und dem bürgerlichen Kantonsparlament gehe. Regierungsrat und Grosser Rat müssten sich in der Sache nicht von Anfang an einig sein. Wichtig sei, dass man im Dialog zu guten Lösungen finde.

Die Kritik am Regierungsrat

Namens der BDP plädierte Dieter Widmer (Wanzwil) für das Eintreten auf die Totalrevision des Gesetzes. Die Effizienz des Ratsbetriebs müsse gesteigert werden. Der BDP-Sprecher machte aber auch klar, dass das Parlament der Regierung nicht nur auf die Finger schauen, sondern vermehrt mitbestimmen will, bevor ein Prozess in Gang gesetzt wird. Die Regierung habe in den letzten Jahren mit Meinungsäusserungen über das Ziel hinausgeschossen. «Der Regierungsrat führte zum Teil ein Eigenleben, das der Zusammenarbeit mit dem Parlament nicht förderlich war», kritisierte Widmer. Folglich sei es wichtig, dass die Handlungsmöglichkeit des Parlamentes verbessert werde.

Blaise Kropf (Grüne, Bern), der in der nachfolgenden Gesetzesberatung mit etlichen Abänderungsanträgen aufwartete, zeigte sich von der Totalrevision wenig begeistert. «Wir stehen dieser Vorlage ziemlich kritisch gegenüber», betonte Fraktionssprecher Kropf. Er geisselte die Verschiebung der Kompetenzen vom Regierungsrat zum Grossen Rat. Ein Ziel der Gesetzesänderung ist es, dem Parlament bei der Planung und Steuerung der Finanzen mehr Kompetenzen zu geben. «Der Regierungsrat ist kein Untertan des Grossen Rates», monierte Kropf.

Die Lohnerhöhung

Nichts wissen wollen die Grünen von einer Erhöhung der Entschädigung der Ratsmitglieder von heute durchschnittlich 16 000 Franken auf neu 30 000 Franken. Das Volk würde nicht begreifen, warum sich der Grosse Rat seine Entschädigung just in einer Finanzkrise verdopple, reklamierte Blaise Kropf.

Ja zum Eintreten auf die Gesetzesberatung sagte auch die SVP. Es sei wichtig, dass die Rechte des Parlamentes gestärkt würden, betonte Walter Messerli (SVP, Interlaken). Patrick Gsteiger (EVP, Eschert) lobte die Revision: «Der Dialog zwischen Grosse Rat und Regierungsrat wird verbessert.» Mit der Stossrichtung der Gesetzesänderung war auch die SP einverstanden. Die Erhöhung der Entschädigung der Ratsmitglieder werde die SP jedoch ablehnen, machte Andreas Blaser (Steffisburg) klar.

Der Knackpunkt

Ein modernes Arbeitsmittel sei das neue Grossratsgesetz, lobte Franziska Schöni (Bremgarten). Es sei wichtig, dass der Grosse Rat bei den gebundenen Ausgaben mehr Mitsprache habe, betonte sie namens der GLP/CVP-Fraktion. FDP-Sprecherin Eva Desarzens (Boll) plädierte für Eintreten auf das Gesetz, ortete aber einen Knackpunkt bei der Schaffung von vier neuen Sachbereichskommissionen mit je 17 Mitgliedern. Letztlich trat der Grosse Rat stillschweigend auf die Totalrevision des Grossratsgesetzes ein. Die Beratung wird heute fortgesetzt. *Urs Egli*

Krankenstation Rathaus



Andreas Blatter

JANUARSESSION Humor ist, wenn man trotzdem lacht. Der Roggwiler SP-Grossrat Markus Meyer (links) und SP-Regierungspräsident Andreas Rickenbacher scheinen diesem Zitat des deutschen Schriftstellers Otto Julius Bierbaum gänzlich nachzuleben. Herzlich lachen die beiden nicht über die Art ihrer Verletzung, sondern über eine Aussage des bernischen Volkswirtschaftsleiters. Dieser hatte Meyer letzten Donnerstag noch damit geneckt, er solle zuerst Ski fahren lernen, bevor er die Pisten unsicher mache. Denn Markus Meyer hatte sich bei einem Sturz auf der Piste den Arm gebrochen.

Nun hat das Unheil auch bei Andreas Rickenbacher eingeschlagen. Den Besuch der Lauberhorn-Abfahrt nutzte der Regierungspräsident für einen Skitag in der Region Grindelwald. Doch ein Steilhang beim Arvengarten wurde ihm zum Verhängnis. Eine Verletzung am Knie verhinderte das Weiterfahren auf den Skis. Die Fahrt zu Tal erfolgte im Rettungsschiffchen. Von dort wurde Rickenbacher per Helikopter ins Spital Interlaken geflogen. Ganz so schlimm wars zum Glück nicht: Die gestrige Debatte zum Grossratsgesetz konnte Rickenbacher im Ratssaal verfolgen – mit Krücken. *ue*

ANZEIGE

2x NEIN zu Bern erneuerbar und zum Gegenvorschlag.
Abstimmung 3. März 2013
 www.sanierungszwang-nein.ch

«Wir müssen die Energiewende vorantreiben, aber in einem Land wie der Schweiz mit Vernunft und Überzeugung, nicht mit Zwang. 2x Nein zu Bern erneuerbar und zum Gegenvorschlag.»

Dr. Matthias Tromp, Grossrat BDP, Bern